

Sorgen der Menschen ernst nehmen und für Entlastung sorgen:

Preisexplosion entgegenwirken

2022 könnte für Konsumenten zur Belastungsprobe werden. Die Preise für Tanken und Heizen sind bereits in die Höhe geschossen, weitere Bereiche könnten nachziehen. AK-Präsident und ÖGB-Landesvorsitzender

Peter Eder fordert von der Politik effektive Entlastungsmaßnahmen, wie die Halbierung der Steuern auf Energie, Erhöhung von Sozialleistungen, wie Familienbeihilfe oder Pflegegeld und Ende der kalten Progression.

Ein Jahres-Plus von 30 und 35 Prozent bei Benzin und Diesel, Mehrkosten von fast 40 Prozent bzw. 500 Euro bei 2.000 Litern Heizöl, Preissteigerungen von 22 Prozent bei Pellets sowie ein Plus von bis zu 65 Prozent bei Strom und 122 Prozent beim Gas – die Preise im Energiesektor sind innerhalb eines Jahres explodiert. Verschlimmert wird die Situation dadurch, dass in zahlreichen anderen Bereichen, wie etwa Wohnen, die Preise kontinuierlich stark steigen.

AK-Präsident Peter Eder: „Die Politik darf nicht auf die Menschen vergessen. Beschäftigte und Pensionisten gehören entlastet, bevor sie sich das Leben nicht mehr



Die Preisexplosion in vielen Bereichen bringt die Menschen zur Verzweiflung. Die AK mahnt deshalb von der Politik rasche Entlastungsmaßnahmen für die Bevölkerung ein.

leisten können und in die Armutsfalle rutschen.“

Steuerabzocke beenden

Aus Eders Sicht liegen drei Maßnahmen auf der Hand, die unkompliziert umsetzbar sind

und rasch für eine Entlastung sorgen. So ist die Abschaffung der kalten Progression – Steuerraub, bei dem durch Gehaltserhöhungen immer größere Teile des Einkommens in hohe Steuerklassen

Die Halbierung der Steuer auf Strom und Gas wäre rasch umsetzbar. Sie würde für eine Entlastung von bis zu 100 Euro sorgen.

AK-Präsident Peter Eder



rutschen – längst überfällig. So bekommen Beschäftigte durch die Steuerreform nicht einmal die kalte Progression zurück, während Konzerne Steuergeschenke in Milliardenhöhe erhalten.

Bei Strom und Gas sparen

In Zeiten, in denen die Kosten für Energie explodieren, schlägt Eder eine temporär befristete Reduktion der Umsatzsteuer für Strom und Gas auf den Mindeststeuersatz von 10 Prozent vor. Dies wird auch von der EU-Kommission in ihrer „Tool Box“ zur Bekämpfung hoher Energiepreise vorgeschlagen. Eder: „Eine solche Reduktion der Umsatzsteuer würde Haushalten eine Entlastung von 60 bis 100 Euro bei Gas und 70 bis 100 Euro bei Strom bringen.“

Familienbeihilfe & Co. an Preissteigerung koppeln

Als dritten Punkt einer rasch und unkompliziert umsetzbaren Entlastung schlägt der Salzburger AK-Präsident die Valorisierung aller Sozialleistungen, die nicht automatisch angepasst werden, vor. Hier ist einiges zu tun: So wurden die Familienbeihilfe und das Kinderbetreuungsgeld seit Jahren nicht erhöht, die Ausgaben für Kinder steigen aber laufend. Auch das Reha-Geld ist seit Jahren gleichgeblieben. „Die Menschen haben es nicht verdient, zu Bittstellern degradiert zu werden. Es ist Aufgabe des Staates, sie entsprechend zu unterstützen“, so AK-Präsident Peter Eder.

Armut ist weiblich, Altersarmut auch

Der neue AK-Frauenmonitor bestätigt, was Frauen, insbesondere Alleinerzieherinnen, bei der Miete, den Kinderbetreuungskosten oder beim Einkaufen täglich empfinden: Frauen sind stärker armutsgefährdet als Männer.

Besonders armutsgefährdet sind Ein-Elternteil-Haushalte, das sind überwiegend Frauen mit Kindern. Ein Drittel lebt an der Armutsgrenze. Ohne Sozialleistungen wäre sogar jeder zweite Ein-Elternteil-Haushalt von Armut bedroht. Niedrige Frauen-Einkommen in Kombination mit hoher Teilzeitquote machen sich auch in der Pension bemerkbar: Ein Viertel aller alleinlebenden Pensionistinnen ist armutsgefährdet. „Ausschlaggebend ist dabei auch, dass in frauen-dominierten Branchen schlechter bezahlt wird als in

Berufen, in denen mehrheitlich Männer tätig sind“, weiß Studienautorin und AK-Frauenreferentin Ines Grössenberger. Deshalb schlägt die AK vor, staatliche Unterstützungsleistungen auf die Höhe der Armutgefährdungsschwelle – aktuell z. B. 1.726 Euro für einen Ein-Personen-Haushalt mit einem Kind – anzuheben. Außerdem braucht es eine Neuverteilung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit unter den Geschlechtern.

„Wesentlich ist auch der Ausbau einer flächendeckend qualitativ hochwertigen

Infrastruktur bei Pflege und Kinderbetreuung, damit einer Vollzeitbeschäftigung nichts im Weg steht“, fordert AK-Präsident und ÖGB-Landesvorsitzender Peter Eder. Die Studie gibt es unter www.ak-salzburg.at/frauenmonitor

Frauen sind noch immer überwiegend für die unbezahlte Arbeit, also Kinderbetreuung, Haushalt und Pflege verantwortlich.

AK-Frauenreferentin Ines Grössenberger



Foto: AK

Foto: Antonogulliem - stock.adobe.com

Foto: wildbild